



HESSISCHER LANDTAG

13. 06. 2018

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte für mehr bezahlbaren Wohnraum

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass sich die Landesregierung intensiv für die Schaffung von bezahlbarem und angemessenem Wohnraum in den Ballungszentren und Hochschulstädten Hessens einsetzt. Die Bereitstellung von Fördermitteln in der Rekordhöhe von rund 1,7 Mrd. € bis 2020 für den sozialen Wohnungsbau und die Eigentumsförderung, mit denen etwa 20.000 Wohnungen für 60.000 Menschen gebaut werden, sowie die Allianz für Wohnen und die Baulandoffensive, der Abbau von Investitionshindernissen, zum Beispiel in der Hessischen Bauordnung, und die rechtlichen Regeln zur Begrenzung von Mietpreissteigerungen sind Beispiele für die gesamtheitliche Strategie, mit der alle Aspekte der Bereitstellung von Wohnraum in den Blick genommen werden.
2. Der Landtag unterstützt die gemeinsame hessenweite Initiative der Landesregierung und der Stadt Frankfurt für bezahlbaren Wohnraum. Die Nassauische Heimstätte übernimmt als Unternehmen in öffentlichem Eigentum eine besondere Vorreiterrolle für die Bereitstellung günstigen Wohnraums. Mit dem vorgestellten Maßnahmenpaket weitet die Nassauische Heimstätte diese Vorreiterrolle weiter aus.
3. Der Landtag begrüßt insbesondere
 - a) die Begrenzung der Mieterhöhungen auf maximal 1 % pro Jahr für die nächsten fünf Jahre für Haushalte mit mittlerem Einkommen im Bestand der Nassauischen Heimstätte,
 - b) die Beschränkung von Mieterhöhungen auch für Bestandsmieter mit höheren Einkommen auf maximal 15 % in drei Jahren,
 - c) die freiwillige Verlängerung der Bindungsfristen von rund 2.000 Wohnungen, die in den nächsten Jahren ohne diese Initiative aus der Sozialbindung fallen würden,
 - d) den Verzicht auf Sondermieterhöhungen,
 - e) die Deckelung der Mieterhöhungen nach Modernisierungen auf 6 % statt der rechtlich möglichen 11 %, um Mietpreissprünge zu vermeiden,
 - f) dass der Anteil des öffentlich geförderten Wohnraums bei Bauvorhaben auch in Zukunft bei 30 % liegen soll; in Frankfurt sogar bei 40 %,
 - g) dass diese Maßnahmen besonders Familien und Haushalte mit mittleren Einkommen unterstützen, die besonders unter steigenden Mieten leiden,
 - h) dass die Maßnahmen in ganz Hessen im Bestand der Nassauischen Heimstätte greifen werden, sodass die Heimstätte auch außerhalb des Ballungsraums ein besonders preiswerter, fairer und attraktiver Vermieter bleibt.
4. Der Landtag sieht in diesem Maßnahmenpaket die Gewähr, dass die Nassauische Heimstätte auch künftig als besonders preiswerter Vermieter auftritt und - mit einer Miete in Höhe von 5,71 € pro Quadratmeter im landesweiten Durchschnitt - Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ein attraktives Wohnangebot machen kann.
5. Der Landtag stellt fest, dass die von der Nassauischen Heimstätte nun veranlassten Maßnahmen Vorbildcharakter auch für andere Gesellschaften in öffentlicher Trägerschaft haben können.

6. Der Landtag hält es für richtig, dass das Land zur Finanzierung dieser Maßnahme als größter Anteilseigner an der Nassauischen Heimstätte auf die Auszahlung seiner Dividende vollumfänglich verzichtet. Der Landtag erwartet, dass die Stadt Frankfurt, als zweitgrößte Anteilseignerin, ebenfalls auf die Auszahlung der Dividende verzichtet. In Ergänzung zur Erhöhung des Eigenkapitals des Unternehmens um 200 Mio. € durch das Land sieht der Landtag das Unternehmen damit gut aufgestellt, um eine Schlüsselrolle bei der Bereitstellung preiswerten Wohnraums einzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Juni 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)